[illegible] einen merklichen Gewinn für den europäischen Frieden.

Als eine Verstärkung der Friedenschancen darf ferner auch der gegenwärtige Besuch König Ferdinands von Bulgarien in Konstantinopel eingeschätzt werden. Das Verhältnis zwischen der Türkei und dem jungen unabhängigen Königreich Bulgarien, dem früheren Vasallenstaat der Pforte, war bisher ein mehr oder weniger schwieriges, und die wiederholten türkisch-bulgarischen Grenzzwischenfälle der letzten Zeit legten die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der Türkei mit Bulgarien ziemlich nahe. Nunmehr aber ist einer bedrohlichen Zuspitzung der bulgarisch-türkischen Situation durch die Begegnung des Bulgarenherrschers mit dem Padischah die Spitze abgebrochen worden, und man darf von diesem interessanten Ereignis sicherlich eine Beruhigung der Gemüter in der Türkei wie in Bulgarien erwarten. Gleichzeitig mit dem Besuch des Königs Ferdinand in Stambul ist der vom Zaren Nikolaus erbetene Besuch König Peters von Serbien in Petersburg in Szene gegangen. Die politische Bedeutung dieses letzteren Vorganges steht noch nicht genau fest, indessen gibt er jedenfalls keinen Anlaß zu besonderen Beunruhigungen. Dies erhellt schon aus dem Trinkspruch des Zaren, welchen er bei dem Galadiner in Zarskoje Sselo auf seinen hohen serbischen Gast ausbrachte und wobei der Zar hervorhob, die mit dem jetzigen Besuch König Peters erneut bestätigte russisch-serbische Freundschaft werde zweifellos zur Festigung des allgemeinen Friedens beitragen.

Als ein weiteres erfreuliches politisches Moment in der heutigen Osterzeit aber ist unstreitig der Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg in Rom zu begrüßen. Das Ereignis bedeutet eine Bekräftigung der Bündnisbeziehungen Deutschlands zu Italien und mithin der mitteleuropäischen Triplealliang, deren friedliche Tendenzen ja hinlänglich bekannt sind. Herr von Bethmann Hollweg hat in den römischen Hof- und Regierungskreisen und auch in den politischen Kreisen Roms eine sehr ehrenvolle und auszeichnende Aufnahme gefunden, die den Schluß gestattet, daß der Kanzler mit voller Befriedigung von seiner österlichen Romfahrt nach Berlin zurückkehren wird. Wenn gleichzeitig mit der Anwesenheit des Reichskanzlers in Rom der Ausbruch einer italienischen Kabinettskrisis infolge des Entlassungsgesuches des Ministeriums Sonnino zusammenfiel, so ist das wohl nur eine innere italienische Angelegenheit. Im übrigen präsentiert sich auch der Stand der Beziehungen Deutschlands zu England, Frankreich und Rußland gegenwärtig als ein durchaus normaler. Die Völker Europas können daher unter den besten Friedensaussichten das Osterfest feiern.

Das Ergebnis der Romreise des Reichskanzlers.

Trotz der gegenwärtigen Ministerkrise in Italien verfehlt die Romfahrt unseres Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg ihren völkerverbindenden Eindruck nicht. Das zeigen nicht bloß die Äußerungen der italienischen, sondern auch die Kommentare der österreichischen und französischen Presse.

Den politischen Ertrag der Romreise des deutschen Reichskanzlers kennzeichnet ein von der italienischen Regierung herausgegebenes offiziöses Communiqué in folgender Weise: Der Besuch des Reichskanzlers in Rom hat einen neuen Beweis des herzlichen gegenseitigen Vertrauens gegeben, in welchem Deutschland und Italien miteinander verbunden sind. In den politischen Unterhaltungen, die bei dieser Gelegenheit in Rom gepflogen worden sind, konnte zu gegenseitiger Genugtuung festgestellt werden, daß die auf dem Dreibund beruhende Politik, die schon so lange eine Bürgschaft des europäischen Friedens bildet, in beiden Ländern zu feste Wurzeln geschlagen hat, als daß sie von Wechseln in den Personen berührt werden könnte. Die Kabinette von Rom und Berlin sind sich in Übereinstimmung mit der Wiener Regierung insonderheit darin einig, daß sie im Orient die Erhaltung des Status quo erstreben. Sie begleiten die verfassungsmäßige Entwicklung der Türkei sowie das Gedeihen der Balkanstaaten mit ihren Sympathien und unterstützen die einmütigen Bestrebungen aller Mächte zur Aufrechterhaltung des Friedens.

•

Italienische Preßstimmen. „Giornale d'Italia" schreibt, die Note über den Besuch des deutschen Reichskanzlers, deren Hauptbedeutung in dem Hinweise auf die Unerschütterlich- [illegible] schließt an die Note seiner Genugtuung darüber, daß der Besuch des Reichskanzlers auch neue die Festigkeit und die Lebensfähigkeit des Dreibundes bestätige.

Wien, 26. März. Das Fremdenblatt schreibt zu dem römischen Kommuniqué: In seinen Worten dürfe man nicht bloß ein feierliches Bekenntnis zum Dreibund erblicken, sondern es werde der Dreibundpolitik auch eine Popularität zugesprochen, die sie sich südlich der Alpen langsam aber redlich habe verdienen müssen, die sie aber nunmehr in voller Sicherheit genieße. Das Kommuniqué bekräftige abermals, daß das Bundesverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn zu einander und zu Italien eine unverrückbare Grundlage der europäischen Politik sei. Vergleiche man diese neueste Kundgebung mit dem Wiener und Berliner Kommuniqué und nehme man hinzu das kürzlich in Wien aufgegebene Kommuniqué über die Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, worin das einmütige Bestreben aller Großmächte festgestellt wurde, zur Erhaltung des status quo auf dem Balkan mitzuwirken, und berücksichtige man schließlich die neueste Gestaltung der Beziehungen zwischen der Türkei einerseits und Bulgarien und Serbien andererseits, so ergebe sich ein erfreuliches Bild der allgemeinen Lage, namentlich derjenigen in Südosteuropa.

•

Paris, 26. März. Der Temps legt dem Besuche des deutschen Reichskanzlers im Vatikan große Bedeutung bei. Die Unterredung sei eine neue Betätigung jener so bezeichnenden Staatsweisheit, welcher das Deutsche Reich ein gut Teil seine Entwicklung verdankte. Der Temps findet mit Bedauern, daß Frankreich leichten Herzens ein so wichtiges Gebiet wie das der religiösen Mission im Auslande vernachlässige und damit den Interessen besser beratener Nachbarländer diene.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Schiffahrtsabgaben und die Schweiz. Die „Neue Züricher Zeitung" erklärt in einem längeren Artikel, die Schweiz könne aus der Rheinschiffahrtsakte von 1868 keine Rechte unmittelbar ableiten, obschon die Frage, ob die von Preußen geplanten Schiffahrtsabgaben diesem Vertrag widersprechen, die Schweiz indirekt im hohen Grade interessiere. Die Schweiz habe dagegen einen Anspruch auf Anschluß an die Rheinschiffahrtsakte. Könnte die Schweiz diesen Anschluß nicht verlangen, so könne sie dennoch Anspruch auf freie Schiffahrt auf dem Rhein erheben, denn die Internationalität eines Flusses bedeute heute Freiheit für alle Nationen.

Was Drucksachen kosten. Die Druck- und Papierkosten für die neue Reichsversicherungsordnung, einem Bande von 1100 Seiten, belaufen sich auf 15 000 ℳ. Diese Kosten verursacht allein die Drucklegung des Entwurfs nebst Begründung. Bei der Reichsfinanzreform wurden für sämtliche Drucksachen, die dem Reichstag in dieser Angelegenheit zugingen, rund 300 000 ℳ ausgegeben. Die alljährlich dem Reichstag zugehenden Kolonialdenkschriften, die mit Illustrationen ausgestattet sind, kosten mehr als 30 000 ℳ.

Ausschreitungen der streikenden Bäcker in Frankfurt a. M. Anläßlich des seit einigen Tagen herrschenden Bäckerstreiks kam es in vergangener Nacht zu schweren Ausschreitungen. Die Bäckergehilfen drangen mit Gewalt in mehrere Bäckerstuben ein und demolierten die Bäckereigerätschaften. In einer Bäckerei am Römerberg konnte sich der Besitzer, der von den andrängenden Gehilfen blutig geschlagen wurde, nicht anders helfen, als daß er zum Revolver griff und zwei der Angreifenden durch Schüsse niederstreckte. Eine andere Bäckerei wurde von einer großen Anzahl Bäckerburschen ebenfalls in gefährlicher Weise bedroht. Der Inhaber requirierte die Feuerwehr, die durch Wasserstrahlen die Angesammelten zerstreute. Mehrere anderen Bäckereien wurden mit Gewalt erbrochen. Auch sonst kam es zu verschiedenen Ausschreitungen auf den Straßen, so daß sich die Polizei veranlaßt sah, öffentlich bekanntzugeben, daß sie umfangreiche Vorkehrungen getroffen habe, um die Arbeitswilligen zu schützen. Die streikenden Bäcker sind deswegen so aufgebracht, weil die freigewordenen Stellen durch Zuzug von außen und durch Bäckergehilfen ersetzt wurden, die nicht den freien Gewerkschaften ange- [illegible]

[illegible] Parlamentsbericht. [illegible] Ministerpräsidenten und den Vertretern [illegible] stehen ließen. Am Mittwoch wurden die vier Zeugen, die sich freiwillig meldeten, [illegible] verhört. Als Abgeordneter Abel sagte, er habe folgte die Ereignisse [illegible] dem Opernglas von der Galerie. Er sah, wie Abg. Eitner gegen Graf Stuart anstürmte und wie ihm mehrere folgten, darunter Geza Polonyi, der laut schreiend zum Tisch des Stenographen eilte, dort ein Aktenstück vom Tisch riß und versuchte, [illegible] zu zerreißen. Er warf es aber [illegible] zu Boden. Abg. Goldmann warf ein rotes Buch gegen den Minister. Abg. Gerö stieß Bocharlos zurück, worauf letzterer einige Gesetzbücher ergriff und über die Köpfe der Abgeordneten hinwegwarf. Zu demselben Augenblick eilte Abg. Hoffmann nach dem Ministertisch, ergriff einen silbernen Gegenstand und warf ihn mit großer Wucht gegen den Minister. Gleichzeitig sah er Minister Serenyi zurückkommen und mit der Hand nach dem Auge greifen. Schließlich sagten die anderen Zeugen aus.

Italien.

Zur Kabinettskrisis. Der König empfing den Präsidenten der Deputiertenkammer Marcora, um ihm die Bildung des neuen Kabinetts zu übertragen. Marcora glaubte jedoch aus persönlichen und politischen Gründen, die der König anerkannte, den Auftrag nicht annehmen zu können.

Frankreich.

Die Deputiertenkammer hat die Gesetzentwürfe angenommen, in denen die Haager Uebereinkommen vom 18. Oktober 1907 über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle und einige andere Materien gebilligt werden.

Senat. Bei der Schlußberatung des Zolltarifgesetzes wurde die Streichung des von der Kammer angenommenen Artikels 9, wonach die Gewerbetreibenden, die mehr als fünf außerhalb der Landesgrenze wohnende Arbeiter beschäftigen, eine besondere Steuer zahlen sollen, mit 207 gegen 12 Stimmen beschlossen und [illegible] das [illegible] Zollgesetz mit 281 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Ausschließung strafrechtlich Verurteilter aus der Armee. Die Kammer begann die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Ausschließung strafrechtlich Verurteilter aus der Armee des Mutterlandes und ihre Einreihung in afrikanische oder Spezialbataillone. Der Berichterstatter Raiberti wies auf die Notwendigkeit der Vorlage hin und führte aus, die Ursache für die Zunahme der militärischen Kriminalität und Desertation beruhe zum Teil in der Straffreiheit der antimilitaristischen Propaganda. Artikel 1, der den Ausschluß solcher Personen aus der Armee vorsieht, die wegen Spionage bestraft worden sind, wurde angenommen. Jaurès protestierte gegen die Entsendung in Spezialbataillone von solchen Militärpflichtigen, die zu weniger als drei Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.

England.

Die innerpolitische Lage. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Express" erfährt aus angeblich absolut zuverlässiger Quelle, daß der König sehr entschieden gegen eine neuerliche Auflösung des Parlaments und die Abhaltung von Neuwahlen nach so kurzer Frist sei. Er hat der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftlichen Interessen des Landes darunter leiden könnten, zumal die Neuwahlen gerade in eine der wichtigsten Perioden des Jahres für den Handel und Wandel fallen.

Ein kritischer Marineskandal. Seit den letzten neun Monaten war der Generalrevisor der britischen Marine mit der Prüfung der Rechnungen des Kreuzers „Leander" beschäftigt, auf dem sich eine Verwaltung für eine Flottille von Zerstörern befindet. Das Resultat ist, daß binnen kurzem ein Kriegsgericht zusammentreten wird, vor dem sich drei Verwaltungsbeamte wegen etwa 30 verschiedener Fälle von Betrug zu verantworten haben. Es soll sich um sehr hohe Summen handeln.

Rußland.

Marinebudget. Die Finanzkommission des Reichsrats stellte die im Budget geforderten Kredite von 14 674 000 Rubel für den Bau neuer Kriegsschiffe, die die Budgetkommission der Duma um 11 Millionen reduziert hatte, wieder her.